



Verantwortung tragen

Der schleswig-holsteinische Landtag hat umgesetzt, worauf sich aufgrund der Ereignisse vom März SPD und CDU zuvor geeinigt haben: Schleswig-Holstein wird in Zukunft von einer großen Koalition regiert. Peter Harry Carstensen (CDU) wurde mit 54 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Sozialdemokratische Politik kann nun nur mit größeren Kompromissen umgesetzt werden, weil eine Person durch politischen Verrat die legitime parlamentarische Mehrheit mit Grünen und SSW sabotiert und unserem Land schweren politischen Schaden zugefügt hat.

Was bleibt, sind Respekt und Bewunderung für die politische Lebensleistung, die Heide Simonis für Schleswig-Holstein erbracht hat.

Die große Koalition ist keine Wunsch-Konstellation der SPD – und auch nicht der CDU. Ein solches Regierungsbündnis birgt für unser Land jedoch auch Chancen.

Die SPD hat sich ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht entzogen und wird in der großen Koalition weiter für ein modernes und zukunftsfähiges Schleswig-Holstein kämpfen.

Wir haben in den Koalitionsverhandlungen sach- und personalpolitisch mehr erreicht, als viele erwartet hatten.

Die SPD hat der CDU wichtige Zugeständnisse abgerungen. Das was unter

Björn Engholm und Heide Simonis in den vergangenen 17 Jahren erreicht wurde, bleibt im Wesentlichen bewahrt.

Die SPD ist ihrer Linie treu geblieben und stellt auch künftig Frauen im Kabinett – die einzigen.

Wir stellen die Mehrheit der Minister – darunter mit Ralf Stegner im Schlüsselressort Inneres einen ebenso kompetenten wie unbequemen Sozialdemokraten. Doch Posten sind für uns kein Selbstzweck. Sie sind vielmehr Garantien dafür, dass fortschrittliche sozialdemokratische Positionen die Arbeit dieser Koalition prägen werden.

So steht Ute Erdsiek-Rave als bisherige und neue Bildungsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin dafür, dass unsere Idee der Gemeinschaftsschule, die das deutsche Bildungssystem auf internationales Niveau heben wird, nicht vom Tisch ist. Im Gegenteil, die Einführung von Gemeinschaftsschulen ist möglich, wenn es die Schulträger wollen.

Wir als SPD stehen zu diesem Modell und wollen weiter alle Beteiligten in die Ausgestaltung einbeziehen. Mit der Unterstützung aller Betroffenen, für die wir diese Schulen einrichten wollen, können wir auch als Partner in der Koalition eine bessere Zukunft für unsere Kinder schaffen.

Auch in anderen Bereichen werden wir für den Fortschritt kämpfen und uns als treibende Kraft in der Koalition erweisen. Dabei wird sich zeigen, dass die CDU ihre von den Oppositionsbänken

aus gemachten vollmundigen Versprechen im Zeichen knapper Kassen nicht wird halten können.

Die SPD steht weiter für Visionen. Wir wollen die bestmögliche Ausbildung für unsere Kinder, die optimale Versorgung und Betreuung älterer Menschen. Wir wollen eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft und ein Land ohne Atomkraftwerke. Unser Wahlprogramm bleibt weiter unser Leitfaden.

Wir nehmen das Zweckbündnis „große Koalition“ ernst und werden uns als verlässlicher Partner erweisen. Doch unser Ziel ist es, gestärkt aus dieser Konstellation hervorzugehen, damit Schleswig-Holstein weiter voran kommt.

Kapital kennt keine Grenzen

Globalisierung ist für das Kapital ein alter Hut. Börsen- und Wechselkurse sind der „Kick“; Bilanzierungsalternativen und steuerliche „Anwendungsauslegungen“ öffnen eine Fülle kreativer Gestaltungsmöglichkeiten auf den Kapitalmärkten dieser Welt. Wenn Kapital und Güterströme ihre globalisierten Handelswege finden, dann werden sie auch von „grenzenlosen“ Meinungen und Bewertungen begleitet. Die Taten des Managements werden beobachtet.

Ein Franzose sieht im unternehmerischen Handeln Einzelner die bedingungslose Zielsetzung: „... größtmögliches Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität, das alles abgerundet durch ein Menschenbild, das nichts Humanistisches an sich habe, sondern

das eines berechnenden und karriereorientierten Managers sei ...“ Profit wird von der ökonomischen Elite, deren Machtposition auf der Verfügung über Eigentum und Geld (Kapital, Zins) beruht, sprachlich umgedeutet in „Wertschöpfung“, ihr wird zugeschrieben, ein hohes Maß an Arbeitsplätzen zu schaffen. Sich am Profit zu vergreifen wäre daher kriminell; er muss um jeden Preis bewahrt und sollte nicht hinterfragt werden. Wirtschaftspolitik hat verantwortliche Rahmenbedingungen geschaffen; steuerliche Anreize gesetzt und arbeitsrechtliche Normen modifiziert. Die strukturelle Krisenanfälligkeit des Arbeitsmarktes sollte damit positive Impulse erhalten und zur vermehrten Einstellung von Arbeitskräften führen. Profit und Politik – beide in der Verantwortung. Wirtschaftliche Leistungen des Kapitalismus als hoffnungsfrohen Aspekt für die Zukunft zu begreifen haben getrogen; sich also mit dem System kritiklos zu identifizieren hieße, dass der Arbeitslose von heute sein persönliches Schicksal und der Politiker von heute seinen persönlichen Auftrag vergessen müsste.



Wenn sich also berechtigte Empörung Bahn bricht, die sich nicht nur gegen die negativen Auffälligkeiten des Kapitals, sondern auch gegen gesellschaftliches Desinteresse und Resignation richtet, dann ist dieser Anstoß bedenkenswert und nicht mit pauschaler Häme und Ablehnung zu beantworten. Es geht um die gerechte Verteilung der „Wertschöpfung“. Arbeits- und Ausbildungsplätze; Bildung und Soziale Gerechtigkeit müssen die zwingende Grundlage für zeitnahe Zukunftsüberlegungen sein. Da, wo es bisher an Ein-

sicht und Umsetzung mangelt, dort setzt die breite Debatte an. Wir brauchen eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft – Fehlentwicklungen müssen gebändigt werden.

Raumnutzungskonzept

Sobald das neue Seniorenheim am Großen Sand fertiggestellt ist, wird das Städtische Gebäude an der Feldstraße leer stehen. Damit nicht erst dann mit ersten Überlegungen begonnen wird, hat die Ratsversammlung die Verwaltung beauftragt, ein Raumnutzungskonzept für Uetersen anzufertigen. Dieses Papier ist zwar mit dem Vermerk <vertraulich> gekennzeichnet, welches sich sinnvollerweise auf die Mieten der Nutzer bezieht und nicht auf die Pläne der Verwaltung.

Die SPD hat bereits eine gut besuchte Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt und weiteren Diskussionsbedarf festgestellt.

In die Feldstraße ziehen nach der Grundidee der Verwaltung:

- Jugendheim (Berliner Straße)
- Arbeiterwohlfahrt (AWO / Anna-Sievers-Begegnungsstätte)
- Stadtjugendpflege
- Stadtjugendring
- Dt. Amateur-Radio-Club
- Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) (alle Stadtwerkehaus)
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
- Waldorf Kindergarten
- Chorknaben Uetersen (alle Albert-Schweitzer-Haus).

Die Bücherei soll in die Kleine Stadthalle (120 m² weniger Fläche inkl. AWO-Räume), diverse Wohnungen werden freigezogen, das Grundstück an der Berliner Straße, Teile des Stadtwerkehauses sowie das Albert-Schweitzer-Haus werden verkauft.

RotFux rebelliert:

Rein rechnerisch ist das „Verschieben“ machbar, aber

- Grundsanierung und teurer Umbau in der Feldstraße
- zu wenig Parkplätze
 - viele Nutzer → Probleme
 - Belästigung der Nachbarn
 - Kleine Stadthalle entfällt
 - Bücherei 20 % kleiner
 - Teilverkauf Stadtwerkehaus nicht möglich



Heike Baumann

Außerdem fehlen bei der Auflistung seitens der Verwaltung Teile des Rathauses (Leerstand 4. Etage – seit Mai '05 vermietet an Kreisjugendhilfe), die Heinrich-Wilkens-Siedlung (zwischen Kleiner und Großer Twiete) sowie das Krankenhaus, dessen Zukunft sich im Herbst entscheidet.

RotFux resümiert:

Das Grundstück der Feldstraße (11.500 m²) ist ideal als Wohnbebauung für Familien zu nutzen, alle Schulen sind vor Ort. Das Stadtwerkehaus sollte als Stadtbild prägendes Gebäude in Städtischer Hand bleiben. In die Gesamtüberlegung ist auch die Finkenbrook (Eigentümer Kreis Pinneberg) mit einzubeziehen, die u.a. als Jugendzentrum geeignet wäre. Die Bücherei muss in bisheriger Größe im Zentrum (Rathaus / Fußgängerzone) genau wie die Kleine Stadthalle

erhalten bleiben. Für das marode Albert-Schweitzer-Haus ist eine Lösung zu finden, zumal die Chorknaben durch die seit Jahren stark zunehmende Zahl aktiver Sänger ein größeres Platzangebot benötigen. Die Entwicklung des Krankenhauses ist abzuwarten.

Für die SPD ist die Erstellung des Raumnutzungskonzeptes nur ein erster Schritt. Es muss eine Gesamtplanung für Uetersen erfolgen – wo wollen wir hin?

Neuwahlen

Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering Neuwahlen für den Herbst angekündigt. Dieser Schritt ist konsequent und richtig.

Die Blockade der CDU im Bundesrat kann nicht noch anderthalb Jahre andauern. Natürlich ist es richtig, dass der **Bundestag** und nicht der **Bundesrat** gewählt wird, aber bei Bestätigung der SPD würde das „Ausbremsen“ durch die Opposition nicht mehr haltbar sein.

Der Wähler soll entscheiden, dass weitere Reformen nötig sind und wir keinen Rückfall in die 50er Jahre wollen!

Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und entscheiden Sie selbst!

**Bis bald
Euer *RotFux*!**



Veranstaltung der **SPD**:

■ **Kommunalpolitische Fahrrad-Wanderung**

Sa 13.08.2005, 11 Uhr Rathaus,
13 Uhr Grillen (Grillplatz
Heidgrabener Str.)

Anmeldungen ab 01.08. bei
Heike Baumann, Tel. 55133, oder
Ingo Struve, Tel. 1634.

Ansprechpartner

Als Ansprechpartner fungieren unsere Sprecher in den Ausschüssen:

■ *Hauptausschuss + Finanzen:*

Ingo Struve, Tel. 1634

■ *Soziales:*

Wolfgang Behring, Tel. 1617

■ *Schule + Kultur:*

Rolf Brüggmann, Tel. 2124

■ *Wirtschaft, Verkehr + Stadtmarketing:*

Kay-Uwe Dohrn, Tel. 902370

■ *Stadtentwicklung + Bauwesen:*

Erhard Vogt, Tel. 901520

■ *Umwelt + Kleingarten:*

Franziska Hammer, Tel. 42353

Impressum:

RotFux Nr. 7 im 3. Jahrgang; Herausgeber: **SPD**-Ortsverein Uetersen, Tel. 55133, www.spd-uetersen.de; ViSdP: Redaktionsteam: Heike Baumann, Jan Baumann, Kay-Uwe Dohrn, Ingo Struve, Max Taube, Norbert Vahl und Erhard Vogt

Druck: C.D.C. Heydorn Auflage: 8.000